

## **Ausführungen von Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments**

### ***Europäischer Rat***

*Donnerstag, 21. März 2024, Brüssel (Belgien)*

Guten Tag.

Nur noch 77 Tage trennen uns von der Europawahl.

Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Wir wissen, wie weit andere gehen würden, um unsere Demokratie auf die Probe zu stellen. Gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen wählen gehen.

In dieser Legislaturperiode stand die globale Geopolitik Europas im Mittelpunkt. Wir haben das, was Europa ausmacht, in einer Welt im Wandel verteidigt. Die Herausforderungen, vor denen wir standen, haben uns stärker und nicht schwächer gemacht. Gemeinsam haben wir die konstruktive europäische Mehrheit gefunden, und das müssen wir auch in Zukunft.

Europa arbeitet für seine Bürgerinnen und Bürger – und diese Botschaft muss die Menschen in allen Mitgliedstaaten erreichen. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit Ihrer Regierungen bei der Kampagne des Europäischen Parlaments. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments habe ich viele Ihrer Länder besucht, um aus der Brüsseler Blase auszubrechen und unsere Menschen, insbesondere unsere jungen Menschen, davon zu überzeugen, wählen zu gehen.

Das ist keine einfache Aufgabe. Es ist schwer, weil in vielen Staaten versucht wird, Desinformation, Fehlinformation und Propaganda zu verbreiten – und zwar von Akteuren, die gegen das europäische Einigungswerk arbeiten. Akteure, die in unserer Gesellschaft und unseren Gemeinschaften gezielt falsche Narrative über Europa verbreiten, wie wir es noch nie bei einer Europawahl erlebt haben. Auf diese Bedrohung müssen wir vorbereitet sein.

Wir verfügen über legislative und nichtlegislative Instrumente, die wir nutzen können – insbesondere in Bezug auf die sozialen Medien. Im legislativen Bereich haben wir das Gesetz über digitale Märkte, das Gesetz über digitale Dienste, das KI-Gesetz, politische Werbung und Medienfreiheit – aber wir müssen auch im Internet präsenter sein.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Destruktives, Propaganda und Desinformation verbreitet werden. Wir müssen uns bewusst sein, dass in der Minute, in der wir ein Gesetz verabschieden, eine neue digitale Realität eintritt, der wir uns stellen müssen. Und dabei handelt es sich um eine Realität im ständigen Wandel, mit der wir Schritt halten müssen. Wir müssen mit den Plattformen zusammenarbeiten.

Die bevorstehende Wahl stellt unsere Systeme auf die Probe. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Botschaft an die Menschen bringen.

Ich möchte Sie also erneut eindringlich bitten, in Ihrem Wahlkampf Brüssel nicht die Schuld für Misserfolge zuzuweisen, sondern das Geleistete anzuerkennen.

Wir müssen offen und ehrlich sein – in Bezug auf unsere Erfolge, aber auch in Bezug auf das, was wir hätten besser machen können. Wo wir nicht die Erwartungen der Menschen erfüllt

haben. Wo Menschen auf der Strecke geblieben sind. Wo wir die Menschen mit unserer Bürokratie verprellt haben.

Wir müssen die Industrie mit ins Boot holen. Wir müssen die Landwirtschaft mit ins Boot holen. Und wir müssen die Jugend mit ins Boot holen. Die Menschen müssen Vertrauen in den Wandel haben, sie müssen das Rüstzeug für diesen Wandel bekommen, und das Ganze muss bezahlbar sein. Sonst haben wir ein Problem. Wenn die Sache nämlich schiefgeht, wenden sich unter Umständen noch mehr Menschen von der Politik ab und werden in die Arme von Extremisten getrieben.

Das wäre nur Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Europa nach wie vor als Bedrohung sehen. Derjenigen, die unser Ende herbeisehnen.

Die Europäische Union ist vielleicht nicht perfekt, aber sie bietet den Menschen eine größtmögliche Sicherheit. Setzen wir also dort an, wo es nötig ist. Wir sollten uns von hohlem Zynismus nicht beirren lassen.

Wir können ein stärkeres Europa bieten, das seinen Bürgerinnen und Bürgern zuhört und besser, effizienter, wirksamer funktioniert. Wie Jean-Claude Juncker sagte: Wir sollten in großen Fragen ehrgeiziger und in kleinen Fragen bescheidener sein.

Und unser momentan größtes Problem ist die Bedrohung des Friedens durch Russland. Wir müssen weiterhin alles in unserer Macht Stehende tun, damit die Ukraine sich weiterhin verteidigen kann.

Wir haben der Ukraine bereits starke politische, diplomatische, humanitäre, wirtschaftliche und militärische Unterstützung geleistet, und hier begrüßt das Europäische Parlament die Annahme des 13. Sanktionspakets und des Unterstützungsfonds für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität.

In dieser kritischen Zeit darf unsere Unterstützung der Ukraine nicht abreißen. Wir müssen die Lieferung der benötigten Ausrüstung beschleunigen und intensivieren.

Wir müssen auch die autonomen Handelsmaßnahmen verlängern, um die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Die in dieser Woche erzielte vorläufige Einigung soll der Ukraine helfen und gleichzeitig unsere Landwirte und unseren Binnenmarkt schützen.

Sie umfasst eine erweiterte Liste sensibler Waren und eine verkürzte Frist für die Aktivierung der automatischen Schutzmaßnahme. So soll verhindert werden, dass Marktverzerrungen entstehen.

Wir müssen uns auch weiterhin für Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und letztlich Frieden einsetzen.

Unser Friedensprojekt hängt von unserer Fähigkeit ab, sicher und autonom zu sein. Wenn wir uns also ernsthaft um den Schutz unserer kollektiven Sicherheit bemühen, müssen wir auch Maßnahmen ergreifen, um einen neuen EU-Sicherheitsrahmen zu schaffen.

Bei der Gestaltung dieser neuen Architektur haben wir bereits eine Einigung über mehrere Fragen erzielt, bei denen es viele für unmöglich hielten. Jetzt müssen wir für die nächste Phase der Zusammenarbeit bereit sein. In dieser neuen Welt ist ein Alleingang nicht möglich.

Auch deshalb ist die Erweiterung eine Priorität. Für die Ukraine, für Moldau, für Georgien und für Bosnien und Herzegowina. Für uns alle.

Natürlich müssen sie alle ihren eigenen Weg einschlagen und alle erforderlichen Kriterien erfüllen. Ihre Fortschritte, insbesondere jene der Ukraine, sind jedoch beeindruckend.

Auch Moldau sowie Bosnien und Herzegowina haben in den letzten zwölf Monaten Bemerkenswertes in puncto Reformen erzielt. Wir müssen zu unseren Worten stehen. Es ist an der Zeit, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina aufzunehmen und ein klares Signal an die Menschen im Westbalkan zu senden.

In diesem neuen geostrategischen Umfeld ist eine erweiterte EU, die auf klaren Zielen, Kriterien und Leistungen beruht, die beste Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand.

Gleichzeitig dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass eine erweiterte EU Veränderungen erfordern wird. Anpassungen. Reformen. Das Parlament hat diesbezüglich mehrere Vorschläge unterbreitet, unter anderem zum Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments, das sich in den letzten zwölf Jahren kaum verändert hat, sowie zur Einleitung des Prozesses eines Europäischen Konvents.

Die Erweiterung soll auch die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken und unseren Binnenmarkt verbessern. Das muss eine Priorität für die nächste Legislaturperiode sein. So wachsen unsere Volkswirtschaften nachhaltig. So begleichen wir unsere Schulden. So schaffen wir Arbeitsplätze und ziehen Investitionen an. So sorgen wir für ein Wachstum, das allen zugutekommt. Mit einer starken Wirtschaft können wir Wohlstand, Sicherheit und Stabilität schaffen. So können wir Europas Stellung in der Welt stärken.

Wir brauchen ein starkes Europa. Die weltpolitische Lage ist im Umbruch – blicken wir auf den Nahen Osten.

Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Wir müssen alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, damit die Menschen mehr Hilfe bekommen. Ich möchte insbesondere die Amalthea-Initiative hervorheben und Zypern für seine Federführung danken. Dennoch muss die Hilfeleistung auf alle Schultern verteilt werden, damit die benötigten Mengen auch bei den Menschen ankommen.

Das Europäische Parlament wird sich weiterhin für einen Waffenstillstand stark machen, die Freilassung der verbleibenden Geiseln fordern und betonen, dass die Hamas nicht ungestraft davonkommen darf.

Deshalb fordern wir heute klare Schlussfolgerungen zu diesem Thema, die die Richtung für die Zukunft vorgeben werden.

So bringen wir mehr Hilfe nach Gaza, retten unschuldige Leben und treiben die dringend notwendige Zweistaatenlösung voran, die den Palästinensern eine echte Perspektive – und Israel Sicherheit bietet.

Wir brauchen einen Frieden, der eine friedliche, legitime und palästinensische Führung stärkt und dauerhaft Stabilität in der Region sicherstellt.

Dies betrifft auch die Lage im Roten Meer. Ich begrüße die Mission EUNAVFOR Aspides, die helfen wird, diesen äußerst strategischen Seekorridor zu schützen. Aber es gibt mehr, was wir tun können.

Im gesamten Mittelmeer-Raum in Europa sind die Unternehmen stark von Verzögerungen, Lagerproblemen und finanziellen Auswirkungen betroffen. Wir sollten eine EU-Taskforce in Erwägung ziehen, um zu erörtern, wie wir gemeinsam die sozioökonomischen Folgen abmildern können. Auch hier muss Europa seine Rolle einnehmen.

Da es sich um die letzte formelle Sitzung des Europäischen Rates vor der Wahl handelt, möchte ich Ihnen versichern, dass das Europäische Parlament seine Arbeit bis zum Schluss fortsetzen wird, um die verbleibenden Rechtsakte, auch das neue Migrationspaket, abzuschließen.

Letztlich ist die Umsetzung unserer Prioritäten unser bestes Instrument, um gegen Desinformation vorzugehen und den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, welchen Unterschied Europa macht.

Vielen Dank für Ihr anhaltendes Engagement – insbesondere an den belgischen Ratsvorsitz für das bisher Erreichte: für die erlassenen Rechtsvorschriften, für das Ernstnehmen der Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, für das Schärfen des Bewusstseins für die Wahl und für Ihren Beitrag, damit das neue Parlament für die Zukunft gerüstet ist.

Vielen Dank.